

Die westliche Sicht: Bjoern Alpermanns Monographie über Xinjiang

Jürgen Kurz, Shanghai Dez. 2021

Der Autor ist Gründungsmitglied der GRÜNEN, war mehr als 20 Jahre bis 2004 auf kommunalpolitischer Ebene für die GRÜNEN in verantwortlicher Stellung und mehrere Jahre während der rotgrünen Zeit als Mitglied im Landesvorstand von Bündnis 90/DIE GRÜNEN tätig. Seit 2003 ist er als Geschäftshuber für ein in seiner Branche weltweit führendes deutsches mittelständiges Unternehmen tätig und hat mittlerweile jede Provinz in China mindestens einmal besucht. In dieser Eigenschaft hat er zu China bereits mehrere Vorträge in Deutschland gehalten und Artikel verfaßt.

Prof. Dr. Björn Alpermann (BA) veröffentlichte im September 2021 an der Universität in Würzburg eine Monographie über Xinjiang als Open Source Buch (<https://doi.org/10.25972/WUP-978-3-95826-163-1>). Es sollte eine Auseinandersetzung mit der chinesischen Minderheitenpolitik, speziell in Xinjiang, sein, so Alpermann.

Als Motivation für seine Veröffentlichung führt er aus: „Wissenschaftlich setze ich mich seit Jahren in der Lehre mit Xinjiang, den Uiguren und anderen Fragen der Minderheitenpolitik Chinas auseinander, auch wenn dies vorwiegend auf der Basis von Sekundärquellen geschieht und nicht mit eigener Feldforschung verbunden ist.“

Bjoern Alpermann ist genauso wie ich Mitglied bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Auch ich befasse mich seit mehr als 18 Jahren intensiv mit China – weniger mit dem Anspruch wissenschaftlich vorzugehen, dafür aber mit intensiver eigener Feldforschung. Seit 2003 habe ich als Geschäftsführer des chinesischen Ablegers eines mittelständischen, deutschen Hightech-Unternehmens China komplett bereist. Auch privat bewege ich mich in ganz China und habe per Zufall zu Xinjiang eine besondere Verbindung: Meine Frau, eine Han-Chinesin stammt aus Xinjiang.

.Was macht das Buch interessant?

BA steigt, wie es sich für einen Gelehrten und Wissenschaftler gehört, anfangs tief in die Geschichte Xinjiangs ein, aufgeteilt in die frühe, mittlere und die Zeit bis ins 17. Jahrhundert. Wer sich für Xinjiang interessiert kann viel aus diesem Kapitel mitnehmen.

Leider scheint aber schon in den ersten Sätzen zur Geschichte die politische Ausrichtung des Textes durch: *„In Chinas offizieller Lesart, die wir später eingehender behandeln werden, spielt diese Multikulturalität, Multireligiösität und Multiethnizität nämlich eine entscheidende Rolle.“*

Ein unterschwelliger Duktus, der sich im gesamten Text immer wieder findet und die Ausrichtung des Buches früh spüren kann. Hier noch etwas verhalten und fast neutral verpackt, aber in späteren Kapiteln dann ausgeprägter, denn die Charakterisierung offizieller chinesischer Darstellungen wird immer als Propaganda bewertet.

Es fängt früh an im Text. Die Leser werden darauf hingewiesen, dass man jede chinesische Stellungnahme mit dem Ziel einer bestimmten politischen Absicht zu bewerten hat. Im Prinzip ist das ok, wenn es auch in die andere Richtung so gehandhabt würde, die Stellungnahmen der westlichen Kritiker oder der uigurischen Separatisten auch als Propaganda bezeichnet würden. Leider werden bei BA im Verlaufe seiner Monographie fast alle Darstellungen Chinas in die Schublade Propaganda eingeordnet, während Analysen westlicher Wissenschaftler der reinen Wissenschaft entspringen.

Dennoch bietet der Text im ersten Teil einen umfangreichen historischen Überblick zur Geschichte Xinjiangs. Hier kommt der Sinologe zum Vorschein, der sich tatsächlich intensiv mit China befasst und auch faktenreich viel zu erzählen hat.

Man lernt etwas über den „Streit“ der Historiker, z.B. ab wann Xinjiang (der Name bedeutet übersetzt „neue Grenze“) zum chinesischen Kaiserreich gezählt werden kann und man lernt viel über die ethnische Vielfalt, die schon immer ein Kennzeichen dieser Region war.

Politisch relevant für die heutige Xinjiang-Debatte wird das Buch ab dem Abschnitt, in dem die chinesische Republik (Teil 1 Abschnitt 3) behandelt wird.

Wenn man genau liest, stellt man fest, dass das, was wir heute unter der Volksgruppe der Uiguren verstehen, bei weitem keine so eindeutig definierte Gruppe ist, wie dass in der heutigen, westlichen stark politisierten Berichterstattung immer transportiert wird. Für einen Beobachter von außen ist bei einem Blick auf die Geschichte überhaupt nicht mehr klar, welche Volksgruppe eigentlich das heutige Gebiet Xinjiang, dass auch oft als Ost-Turkestan bezeichnet wird, für sich historisch beanspruchen kann. Überraschend ist das nicht. Wir kennen dieses Phänomen aus allen separatistischen Bewegungen der Welt. Denn je nach Blickwinkel, natürlich immer historisch begründet, ergeben sich für die Gebietsansprüche auch sehr unterschiedliche Ergebnisse.

Unabhängig davon geht es dem Autor aber im Wesentlichen wohl darum, dass heute in westlichen Medien verbreitete Narrativ, Uiguren würden systematisch von China auf Grund ihrer ethnischen Zugehörigkeit systematisch verfolgt, zu untermauern. Dabei werden auch Thesen aus dem historischen Zusammenhang aufgestellt, die für den westlich demokratisch begründeten moralischen Anspruch eingängig sind, aber leider keine Substanz haben:

„Es zeigt sich hier schon, dass Nicht-Han-Politiker in die Verwaltung Xinjiangs eingebunden wurden, aber dabei Uiguren systematisch weniger Stellen zugesprochen bekamen, als ihnen gemäß ihres Bevölkerungsanteils von rund 75 Prozent zugestanden hätten“ (S.40)

Jede/r westliche Leser/in kann dieser Argumentation natürlich folgen. Doch welches Gesetz vorgeschrieben hat, dass eine dem Bevölkerungsanteil entsprechende Repräsentanz der Uiguren im angesprochenen Zeitraum von 1949 - 1978 zwingend gefordert war, bleibt offen. Es ist eine eingängige Behauptung, die einem westlichen Leser sofort einleuchtet, aber leider rein gar nichts mit der damaligen Lebensrealität und nichts mit einer gezielten Ausgrenzung zu tun haben muss.

Fakt ist, dass der heutige Anteil an Uiguren in der Verwaltung wesentlich größer als damals ist. Persönlich habe ich mich z.B. während meiner Reise im Mai 2021, mit 4 verschiedenen Amtsleitern in Akesu, alles Uiguren, über die Entwicklung der Akesu-Region unterhalten. Heute sind uigurische Verwaltungsmitarbeiter ein völlig normales Element der Verwaltungen in der Autonomen Region Xinjiang!

Auch Formulierungen wie *„In ihrer ersten Dekade zeigte sich die KPCh-Herrschaft über Xinjiang gegenüber der Lokalbevölkerung noch von ihrer besten Seite.“(S.41)* lassen deutlich erkennen, dass BA eine Geschichte erzählen will, in der er versucht die KPC als dunkle Macht darzustellen.

Im weiteren Verlauf kann man viele Daten und Auswertungen über die soziokulturelle Struktur in Xinjiang sehen (macht das Buch etwas öde, aber auch wissenschaftlich) und lesen wie unterschiedlich Uiguren und Han-Chinesen ticken.

BA beschreibt also kulturelle Differenzen wie wir sie überall in der Welt antreffen und die immer wieder zu heftigen, teils gewalttätigen Auseinandersetzungen geführt haben, wie auch bei uns in Europa im letzten Jahrzehnt des 20igsten Jahrhunderts z.B. im ehemaligen Jugoslawien. Über allem steht aber die CPC, zumindest wird es so

angedeutet, die einen Plan zur Assimilierung der Uiguren in die Han-Gesellschaft vorantreibt.

Man kann die Geschichte auch komplett anders erzählen, z.B. als Erfolgsgeschichte, in der die CPC letztlich die Konflikte erfolgreich gemanagt hat, aber dann würde sie wohl in der westlichen Leserschaft kaum noch auf einen Echoraum stoßen.

.Was sagt Björn Alpermann zu Zwangsarbeit und Genozid?

„Der Schluss liegt nahe, dass die Neudefinition des Grundübels, nämlich die Akzentverschiebung von Separatismus auf Terrorismus, allein der opportunistischen Strategie geschuldet ist, aus der Unterstützung des „Globalen Kriegs gegen den Terror“ Kapital zu schlagen.“ (S. 145)

Mit diesem spekulativen Satz startet BA so zu sagen ruckartig in die Diskussion des Xinjiang-Konfliktes und ordnet ihn beiläufig als Fake-Terrorismus ein! China kann gar keinen Antiterrorkampf in Xinjiang geführt haben, weil gewalttätige Konflikte in Xinjiang - von separatistischen Bewegungen verursacht - schon vor 2001 zum Ausbruch kamen und diese wurden damals ja in westlicher Lesart Befreiungskämpfe genannt! Die Beschreibung Kampf gegen den Terror hat man sich von George W. Bush abgeschaut, damit der Kampf gegen die Uiguren anders aussieht und man die Unterstützung der USA bekommt.

(Die USA hat diesen Kampf im Übrigen auch viele Jahre unterstützt und unter anderem in Guantanamo rund 20 Uiguren des IS festgehalten.)

Damit hat sich BA auf den Häuptling des Westens berufen und die chinesischen Bemühungen vom globalen Kampf gegen den Terror abgekoppelt. Die von der chinesischen Regierung ergriffenen Maßnahmen in der realen Auseinandersetzung in Xinjiang werden so kurzerhand delegitimiert. Basierend auf dieser, bei westlichen China-Gegnern beliebten Argumentation, handelt es sich nicht mehr um einen Antiterrorkampf, sondern um die Unterdrückung einer sozialen Bewegung und einer ganzen Volksgruppe in Xinjiang. Warum nur diese Interpretation legitim sein soll, bleibt verborgen.

Die vielen Zivilisten, die bis 2016 einer militanten separatistischen Terrorbewegung zum Opfer fielen, werden jetzt anders „akzentuiert“, eine interessante Wortwahl.

Im weiteren Verlauf des Buches geht es dann darum, dass Narrativ der uigurischen Unterdrückung durch die CPC zu untermauern.

Interessanterweise kommt BA bei der Frage von Zwangsarbeit in Xinjiang, bei der er sich intensiv mit den Aussagen von Adrian Zenz, dem „Xinjiang-Experten“ der westlichen Medien auseinandersetzt, zu der Erkenntnis:

„Die Verbindung von Armutsbeseitigung und Forderung von Vollbeschäftigung einerseits und Extremismusbekämpfung andererseits... kann allein noch nicht als Nachweis von Zwangsarbeit gelten. Vielmehr müsste nachgewiesen werden, dass die Beschäftigung in Xinjiang bzw. von Uiguren nicht menschenwürdig ist, was der Bericht aber nicht leistet.“ S. 186

Diese differenzierte Erkenntnis reifte offensichtlich bei BA, da er sich in den vergangenen Jahren ebenfalls mit Armutsbekämpfung und Arbeitsbeschaffung in China beschäftigt hat. Diese Erfahrung führt dann wohl auch zu der klaren Aussage:

„Direkter Zwang oder gar „Sklavenarbeit“, wie es in manchen Darstellungen heißt, lassen sich aus meiner Sicht bisher nicht schlüssig belegen. Insofern sollte auch davon abgesehen werden, die mit Xinjiang in geschäftlicher Verbindung stehenden Unternehmen vorschnell in Haftung zu nehmen. Es erscheint mir angemessen, von ihnen genaues Hinschauen in den eigenen Lieferketten zu verlangen. Angesichts

der oben angesprochenen Zugangsschwierigkeiten dürfte dies schon herausfordernd genug sein. Jedoch die ganze Region quasi unter ein Embargo zu stellen, wie gelegentlich verlangt, geht in meinen Augen zu weit und schadet den dort lebenden Menschen eher als dass es ihnen hilft.“ S. 228

Eigentlich könnte bzw. müsste diese sachlich berechtigte Schlussfolgerung zum Thema Zwangsarbeit dazu führen, auch die anderen von Zenz ins Feld geführten Behauptungen zum kulturellen Genozid zu hinterfragen. Warum sollen die zusammengestellten Hypothesen zum kulturellen Genozid auf stabileren Füßen stehen, wenn sich schon anhand der vorhandenen Fakten gezeigt hat, dass die Zwangsarbeitsthese eher der Fantasie als den Tatsachen entspringt?

In diesem Punkt bleibt BA aber den Narrativen treu, die er schon bei der geschichtlichen Bewertung vorgestellt hat („CPC die dunkle Macht“) und schlägt sich nahezu komplett auf die Seite von Adrian Zenz.

„Auch wenn Einzelheiten weiterer Aufklärung bedürfen, wird überdeutlich, wie die chinesische Regierung derzeit versucht, die Kultur der Uiguren und anderer Minderheiten Xinjiangs (und darüber hinaus) durch eine Hanisierung zu ersetzen. Roberts (2020) benutzt hierfür den Begriff der „kulturellen Auslöschung“ (cultural erasure) bzw. des kulturellen Genozids. Zu betonen ist aber, dass im selben Zuge auch eine neue Kultur, nämlich die der Han eingeschrieben wird. Es handelt sich also um einen Prozeß der kulturellen Überschreibung. Da von der uigurischen Kultur, wie sie von ihren Mitgliedern selbst verstanden wird, nach dieser Transformation nicht mehr viel übrigbleibt, kann man auch aus meiner Sicht mit Recht von einem kulturellen Genozid sprechen.“ S.200

Eine vermeintlich starke Aussage, auf die jeder westliche Freiheitsapologet sofort reflexartig reagiert. Allerdings fehlt eine präzise Benennung der Bereiche der uigurischen Kultur, die er als kompromittiert bzw. gefährdet sieht.

Da kommen wir zu der zentralen Frage aller westlichen Vorwürfe an China:

Bis heute wird blumig davon gesprochen, die uigurische Kultur werde ausgelöscht. Allerdings fehlen jegliche konkreten Anhaltspunkte darüber, was denn da ausgelöscht werden und dabei nicht mehr zulässig sein soll.

Weder die im Islam aufgestellten Ernährungsregeln noch die Ausübung der Religion ist in Xinjiang gefährdet. Ganz im Sinne der chinesischen Verfassung können und werden alle kulturellen Traditionen gepflegt.

Die im Westen kursierenden Erzählungen, dass Frauen staatlicherseits gezwungen seien den Schleier abzulegen, sind z.B. mehr als fragwürdig. Wir kennen mittlerweile das Verbot in westlichen Ländern, in denen die Verschleierung von Frauen als Angriff auf Selbstbestimmtheit von Frauen und die westliche Kultur interpretiert werden. In Xinjiang ist die Gleichberechtigung der Frau vorangetrieben und kein Mann und kein Imam haben das Recht, Frauen irgendwelche, religiös begründeten Bekleidungs- oder Verhaltensvorschriften zu machen! Aus Sicht konservativer Muslime kann ich nachvollziehen, dass man hier einen Angriff auf die muslimische Kultur sieht. Merkwürdig, dass westliche Kritiker diese Sicht offensichtlich teilen.

Mir ist bis heute unklar, warum wir uns mit unserem westlichen Werteverständnis, wenn es um China geht, plötzlich konservativen Muslimen anschließen und auf einen angeblichen „Cultural Genozid“ einlassen.

Natürlich hat ein Staat ein Recht darauf, separatistischen Bewegungen, die sich hinter Kulturpflege verstecken, mit polizeilichen Mitteln zu begegnen. Warum das in China anders als in anderen Ländern sein soll, ist schwierig zu verstehen.

China garantiert in seiner Verfassung Artikel 4, dass alle ethnischen Gruppen gleichberechtigt sind!

ARTICLE 4

All ethnic groups of the People's Republic of China are equal. The state shall protect the lawful rights and interests of all ethnic minorities and uphold and promote relations of equality, unity, mutual assistance and harmony among all ethnic groups. Discrimination against and oppression of any ethnic group are prohibited; any act that undermines the unity of ethnic groups or creates divisions among them is prohibited.

The state shall, in light of the characteristics and needs of all ethnic minorities, assist all ethnic minority areas in accelerating their economic and cultural development.

All areas inhabited by ethnic minorities shall practice regional autonomy, establish autonomous organs, and exercise the power to self-govern. All ethnic autonomous areas are inseparable parts of the People's Republic of China.

All ethnic groups shall have the freedom to use and develop their own spoken and written languages and to preserve or reform their own traditions and customs.

Die Ausübung religiöser Praktiken ist nicht verboten, aber es ist klar, dass China als laizistischer Staat keine Religion über die Staatsorganisation stellt. Muslimisches Recht wird genau wie bei uns, in China als staatliches Recht nicht geduldet. Jeder hat das Recht, seine Religion selbst zu wählen, aber religiöse Beeinflussung von Kindern unter 18 Jahren ist nicht zulässig. Dementsprechend werden Koranschulen für unter 18-jährige nicht zugelassen.

Das sich aus diesen Regeln auch Konfliktpotential ergeben kann, ist nachvollziehbar, aber aus westlicher Sicht kein Grund von Genozid zu sprechen.

.Was beweist die Monographie?

In der Wissenschaft spielen Falsifizierbarkeit und starke Evidenzen eine zentrale Rolle, um wissenschaftliche Thesen oder Behauptungen zu untermauern.

Statt aber über Fakten zu gehen, die ihm selbst aufgrund der eingeräumten Tatsache, dass es sich um eine Literaturanalyse handelt, gar nicht zugänglich sind, begründet er seine Thesen mit Spekulationen z.B. zur Verbreitung des Korans in China und arbeitet dabei auch noch mit faktisch falschen Daten.

„Neben der Frage, weshalb eine neue Version des Koran auf Uigurisch notwendig war und welche Anpassungen hier vorgenommen wurden, darf man zweifeln, ob die Verbreitung der genannten Schriften bei einer geschätzten Bevölkerung von 9 Millionen uigurischen Muslimen (Mackerras 2018: 62) tatsächlich ausreicht, um die Bedürfnisse zu decken.“ (S.127)

Die Zahl 9 Mio. Uiguren in Xinjiang war schon lange nicht mehr zutreffend. Der letzte Zensus in 2020 zeigt, dass zum Zeitpunkt der Erfassung, 11.624.257 Menschen der uigurischen Volksgruppe angehörten. Seine „geschätzte“ Zahl belegt vor allem, wie wenig faktenbasiert seine Literaturstudien ausgerichtet waren. Legt man die 9 Mio. zugrunde, dann wäre die uigurische Bevölkerung in dem Zeitraum, wo der angebliche Genozid stattfand, um mehr als 20% angewachsen.

Fakt ist, dass die uigurische Bevölkerung durch Geburtenzuwachs von 2010 bis 2020 um 1,6 Mio. Menschen bzw. 16,2 % zugenommen hat, also bereits 2010 rund 10 Mio. Uiguren alleine in Xinjiang gelebt haben.

Die meisten Aussagen von BA sind eine Wiederholung der teilweise irrationalen Anwürfe von Adrian Zenz, auf den sich in dieser Monographie alleine 96-mal bezogen wird. Eine auf Zenz zurückgeführte Aussage möchte ich hier zitieren, da sie mir besonders absurd vorkommt. Es geht um die Verstärkung des Sicherheitsapparates in Xinjiang, nachdem 2016/17 dort ein neuer Parteisekretär eingesetzt wurde:

„Wie sie zeigen, fällt mit 86 Prozent die absolute Mehrzahl dieser Positionen in die Kategorie „Hilfspolizei“, d.h. es wurden gezielt weniger gut Ausgebildete, darunter viele Uiguren, angeworben. Gleichzeitig wurden die Gehälter für diese „informellen Polizeikräfte“ deutlich angehoben, um die Stellen attraktiv zu machen und die ethnische Bevölkerung zu kooptieren (Zenz und Leibold 2020: 339ff).“ S.169

In ganz China ist es üblich, dass Sicherheits- und Servicedienste mit hoheitlichem Charakter von privaten Unternehmen und Hilfskräften übernommen werden. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Menschen, die im normalen Arbeitsmarkt kaum vermittelbar sind. Bei uns würde man so etwas als ABM beschreiben wie es die kommunalen Sozial GmbH's auch anbieten. Man erfüllt kommunale Aufgaben und bringt Arbeit zu weniger qualifizierten vor allem älteren Personen. Man sucht nicht gezielt nach weniger qualifizierten, sondern man bringt gezielt weniger qualifizierte Menschen in Arbeit. Die Beschreibung von Zenz kann nur von jemandem stammen, der es aus ideologischen Gründen wirtschaftspolitisch ablehnt, dass öffentliche Stellen Verantwortung für schwächer qualifizierte Arbeitnehmer übernehmen. In China hat man da einen komplett anderen Blick und auch ein anderes Verantwortungsbewusstsein.

Es wird also an dieser Aussage deutlich, wie oberflächlich mit westlicher Ideologie eingefärbt die Vorwürfe von Zenz und seinen Freunden sind

Die chinesische Idee zum Erreichen einer harmonischen Gesellschaft setzt auf Ausbildung, Erziehung und Bestrafung. Bestrafung nur als Ultima Ratio und im Rahmen eines klaren Regelwerkes. Manche dieser Regeln sind für uns als Europäer nur schwer zu akzeptieren, sind aber allgemein gültig und werden in China gesellschaftlich im Allgemeinen auch mitgetragen.

Dieser gesellschaftlich seit mehreren tausend Jahre gültige Ansatz steht dem westlichen Individualismus diametral gegenüber. Er führt aber dazu, dass Menschen in China ein wesentlich höheres individuelles Sicherheitsgefühl haben als Menschen in westlichen Gesellschaften.

Dies aus westlicher Sicht zu kritisieren ist Kulturkolonialismus.

.Warum ist das Buch enttäuschend und realitätsfern ?

Das Buch wurde angekündigt, als der Versuch die deutsche Bevölkerung über die Hintergründe der Menschenrechtsdebatte um Xinjiang aufzuklären.

„Dass ich eine Monographie zum Thema Xinjiang schreiben würde, war hingegen nicht vorherbestimmt, sondern ist allein der aktuellen Menschenrechtslage in der Region geschuldet. Über diese gilt es, die interessierte Öffentlichkeit in Deutschland aufzuklären und ihr die Hintergründe zu erläutern, die zum Teil schwierig zu durchschauen sind und in den tagesaktuellen Medien nicht im Detail dargestellt werden können.“ (Vorwort)

Wenn es wirklich nur um Aufklärung ging, dann stellt sich mir die Frage, warum BA als Sinologe nicht einmal die chinesische Verfassung heranzog oder auf kulturelle Unterschiede und Blickwinkel hinwies. So wie der Text aber angelegt ist, wurden Narrative wohl eher verstärkt.

Die öffentlich heftig diskutierte Position zu Zwangsarbeit wurde zwar relativiert, aber die Genozid-Debatte mit zweifelhaften Spekulationen nochmal aufgepeppt und mit einem wissenschaftlichen Anstrich veredelt. Mich erinnert das an die Bemerkung eines Freundes, der seit vielen Jahren in China lebt: „In Deutschland verteidigt man Menschenrechte nur im eigenen Kopf, unabhängig von realen Lebensbedingungen und historischen Entwicklungen.“

Als deutscher Professor genießt man den Luxus, dass man sich nicht in der direkten Auseinandersetzung mit den Lebensverhältnissen in einer Region mit hochexplosiven Widersprüchen befindet. Man hat nichts zu regieren, nichts zu verantworten, niemanden zu beschützen, man braucht keine Entwicklung organisieren, man kann auf dem Hochsitz des eigenen Selbstverständnisses aus großer Distanz seine nicht durch Vor-Ort Studien erlangte Meinung kundtun. Kein Wunder also, dass sehr viele Textstellen auch wissenschaftlich korrekt mit Zitaten hinterlegt sind, aber hauptsächlich leere, an den Realitäten vorbei gehende Phrasen darstellen.

Trotzdem, aus meiner Sicht eine verlorene Chance wirklich zu mehr Aufklärung und Hintergrund Information beizutragen.